

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 37 (2018)
Heft: 72

Rubrik: Rezensionen/Marginalien

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

REZENSIONEN/MARGINALIEN

Michael Zeuske, **Sklaverei**. Eine Menschheitsgeschichte von der Steinzeit bis heute. Reclam, Ditzingen 2018 (303 S.)

Heute schon einen Espresso im Kaffeehaus getrunken? Dann floss ein Stück Sklaverei-geschichte durch Ihren Gaumen. Wer weiss schon, dass unser Kaffeekonsum, unsere zuckerlastige Ernährung, das europäische Konditorenhandwerk, aber auch Trommelrhythmen heutiger Weltmusik, zahlreiche als «Afro» bezeichnete neue Religionen (wie Santería, Voodoo, Xangó) vor allem auf Sklavereien zurückgehen. Im Biedermeier-Kapitalismus (ab 1815) wurden Kaffee- und Zuckerprodukte in den Kaffeehäusern zusammengeführt und galten als Konsum- und Lebensideal. Der Geistes- und Kunstelite galt Kaffee, konsumiert mit Zucker und Tabakgenuss, als das ein tätiges Leben unterstützende Getränk schlechthin. Doch diese Drogen waren im globalen Massstab von SklavInnen produziert worden, ebenso der Grundstoff der Mode, die Baumwolle. Michael Zeuske legt dar, dass der gesamte deutsche Idealismus, wahrscheinlich auch die Werke von Hegel und Schelling sowie jene von Schopenhauer, Marx und Engels ohne Sklavenprodukte nicht vorstellbar sind.

Für seine umfassende Weltgeschichte der Sklaverei verwendet Zeuske eine weite Definition von Sklaverei. Er kann damit die eurozentristische und etwas allzu textgebundene, wirkmächtige rechtliche Definiti-

on des römischen Rechts umgehen. Dort war der Privatsklave im *Codex Iuris Civilis* festgeschrieben als Verhältnis von «ein Herr, ein Sklave» im Sinne absoluten Eigentums. Dies ist ein Bild des Versklavten, das als das heute in den Köpfen vorherrschende erst zwischen 1550 und 1700 entstand. Seine weite Verbreitung erhielt es durch die europäische Expansion seit 1650, die Aufklärung und die Abolitionsdiskurse. Historisch betrachtet haben Sklavereien aber vielerlei Gesichter und Erscheinungsformen. Zeuske umgeht mit seiner weiten Definition nicht nur die Sackgasse vieler bisheriger wirtschafts- und rechtshistorischer Forschungen, sich allein auf die spärlichen schriftlichen Quellen zu stützen. Sein Ansatz trägt auch dem Umstand Rechnung, dass Rechtstexte keine Realitäten abbilden, sondern Normen festhalten, neben denen unzählige andere Formen gesellschaftlicher Tatsachen existieren, welche das Recht weder erfassen kann noch aus ideologischen oder interessegeleiteten Gründen will. Zeuske definiert Sklaverei als Verfügung über Körper auf der Basis von realer Gewalt gegen eben diese Körper und als Statusminderungen. Dabei geht er anthropologisch-historisch vor, will tiefenhistorische Prozesse der Versklavung nachzeichnen und die jeweilige Stellung von Versklavten in der sozialen Ordnung unterschiedlichster Gesellschaften bestimmen. Die vermeintliche Trennschärfe bloss legaler Definitionen verwischt diesen Aspekt der realgeschichtlichen Verfügung über Körper.

Zeuske hat dabei auch eine fruchtbare analytische Form gefunden, indem er von «Plateaus» der Sklavereien ausgeht. Er kann damit die bekanntesten Sklavereien, welche institutionalisiert waren (Griechenland 800 v. u. Z. bis 3. Jh.; Rom 4. Jh. v. u. Z. bis 6. Jh.; Süden der USA von 1820 bis 1865), globalgeschichtlich einordnen als bloss einige Formen einer Vielzahl nicht-institutionalisierter kleiner, lokaler Sklavereien. Eine komplexere Chronologie verschiedenster Orte der Welt erübrigt sich damit, da die Plateaus eben nicht einfach enden, sondern im Sinne von Schichten als ungleichzeitige Gleichzeitigkeiten nebeneinander bestehen. Zeuske erkennt insgesamt fünf solche Plateaus, und die Sklavereien von heute bestehen oft noch aus Elementen früherer Plateaus.

Die Geschichte der Sklaverei dürfte bereits mit dem Cro-Magnon-Menschen im Paläolithikum begonnen haben und in der Phase der Magdaléniens (um 18 000 bis 10 700 v. u. Z.) dürfte es bereits zu Opfer-sklaverei «bei Gelegenheit», das heisst ohne institutionellen Rahmen, im Bereich des ersten Plateaus gekommen sein. Die Anfänge von lokalen, aber weltweiten Sklavereien datiert Zeuske auf die Anfänge der Landwirtschaft vor 10 000 bis 3000 Jahren in voneinander unabhängigen Gebieten. Ein *erstes Plateau* begann um 20 000 bis 3000 v. u. Z. in Form von «kleinen», nicht-institutionalisierten Sklavereien. Vor allem Frauen, Kinder und Fremde wurden je nach Gegebenheiten versklavt. Die meisten starben in Ketten, durch Selbsttötung oder Erhängen. Erinnerungen gibt es, Geschichte / Historiografie / überlieferte Geschichte keine. Dabei gilt als Faustregel «je älter, desto lokaler». Ohne erkennbare Regeln wurden SklavInnen in eine Gemeinschaft aufgenommen und hatten als – aus der Sicht der Zeit – legitime Gegenleistung

unangenehmste Arbeiten zu verrichten oder den Gruppenchefs zu Diensten zu sein. Einige wurden eventuell auch geopfert. Auf Grund fehlender Zeugnisse handelt es sich allerdings meist um logisch erlangte Hypothesen. Wichtig für die Gruppenbildung und die territoriale Bindung waren Riten: Dabei kam es zu Opfern (Opfersklaverei), dem Ausschluss Fremder oder umgekehrt zum Einbezug Fremder mit extrem niedrigem Status. Bei diesem Plateau handelt es sich um das älteste und am weitesten verbreitete, welches bis heute existiert. Ein *zweites Plateau* beginnt circa 3000 v. u. Z. Es handelt sich um «kleine» Sklavereien im Rahmen von Verwandtschafts- und Siedlungsgruppen, meist in Verbindung mit einem Gebäude. Diese Haussklaverei wird auch Kin-Sklaverei genannt (von englisch «kin» = Verwandtschaft). Entscheidend ist das Hausrecht, welches es erlaubt, Haushaltsmitglieder zu kontrollieren und Statusniedrige als SklavInnen zu halten. Dabei gibt es viele regional unterschiedliche Formen. Die Grundstruktur ist eine «innere» Sklaverei von überwiegend Frauen, Mädchen und Kindern mit vielen niederen Aufgaben. Dazu kommen massiv verschuldete Männer. Neu hinzu kommt eine «äussere» Sklaverei von kriegsgefangenen Männern, die oft als Hirtensklaven eingesetzt wurden. In diesem Plateau kommt es zu deutlich mehr Gewalt und vermehrt zu kollektiver Versklavung besiegtter Menschen. Ebenfalls setzt eine Entwicklung ein, die bis zum formellen Ende der Sklaverei von hoher Bedeutung war, nämlich die Statusdegradierung, welche auch als «social death» bezeichnet wird. Am Anfang dieser Versklavungen stand oft Verschuldung, eine bis heute weltweit verbreitete Ursache. Das *dritte Plateau* erfasst die bekanntesten Eigentumssklavereien, welche gemeinhin

als «atlantic slavery» bekannt sind, ab etwa 1400. Es steht in wechselseitiger Dynamik zur Entwicklung des Kapitalismus und der Globalisierung. Um 1520 waren die Küstenzonen und Inseln Amerikas bereit für die atlantische Wirtschaft- und Plantagenklaverei. Es gab riesige Flächen menschenleeren Landes, indigene Sklavereien und notariell verbrieftes, privates Eigentum an SklavInnen. Mit dem Fall von Tenochtitlán (Mexiko-City) 1521 und der Vereinigung der iberischen Kronen durch die Heirat Karls V. mit Isabella von Portugal wurde ein Atlantikmonopol errichtet, welches die verstreuten Elemente des globalhistorischen Sklavereiplateaus auf eine Linie mit «transkontinentalen Infrastrukturen der Gewalt» (S. 87) brachte. Die iberischen Kolonialreiche waren damit Imperien der Sklaverei und der Atlantik wurde über den Dreieckshandel zum Profit- und Akkumulationsmotor des entstehenden Kapitalismus. Dadurch konnte der Westen zu der Position von «unrivalled economic and political dominance» (James Walvin) aufsteigen. Auch nach dem formellen Ende der Sklaverei durch die Abolitionsdiskurse und im Gefolge der Französischen Revolution war die Sklaverei nicht zu Ende. Nicht nur gab es den «hidden atlantic», unter welcher Bezeichnung die wenig reflektierte Tatsache verstanden wird, dass nach der Abolition des Sklavenhandels durch die meisten christlich-westlichen Staaten um 1840 zwischen 1820 und 1870 nochmals zwei bis drei Millionen Menschen, meist Kinder, in die Amerikas verschleppt wurden.

Zeuske macht auch noch weitere Sklavereiplateaus aus und erweitert so die Sklavereigeschichte, welche die meisten HistorikerInnen mit der letzten Abolition 1888 in Brasilien enden lassen. Im *vierten Plateau* (ab 1800) zeigt er auf, dass die Abolitions-

diskurse meist nur der Verschleierung und der Wahrung des schönen Scheins dienen. In Wirklichkeit wurde weiterhin versklavt, nur unter anderem Namen und insbesondere mittels Verträgen («bond slavery»), welche aber Menschen aufgezwungen wurden, die gar keine andere Wahl hatten. Man vermied das tabuisierte Wort Sklave und sprach lieber von «bondage» und «servitude» (Schuld knechtschaft und Zwangsarbeit). Solche «SklavInnen ohne Sklaverei» wurden oft noch wesentlich schlechter behandelt als eigentliche SklavInnen. Ihre Statusminderung fiel im Rahmen von sich ausbreitender staatlicher und privater Gewalt sowie europäischer Zivilisations-, Wissenschafts- und Rassendiskurse drastischer aus als im dritten Plateau. Im vierten Plateau werden grosse Wirtschaftssklavereien wirklich global und es kommt auch zu einer welthistorischen Verschiebung in die östliche Heimsphäre rund um den indischen Ozean. Mit dem *fünften Plateau* bezeichnet Zeuske schliesslich staatliche Lagersklaverei, wie sie in den KZs der Nazis und den Gulags der UdSSR geschah oder aktueller zum Beispiel in den Gefängnissen der USA stattfindet.

Überblickend handelt es sich um ein solides Werk, welches Interessierten den erweiterten Blick auf eine Geschichte eröffnet, die allzu stark von einem gezielten «work of forgetting slavery» betroffen ist. Dass Sklaverei auch heute noch allgegenwärtig ist – der Global Slavery Index zählt aktuell 45,8 Millionen SklavInnen auf der Welt –, ist eine wichtige Erkenntnis, die nicht nur für die Einordnung von Lokalgeschichte wichtig ist, sondern auch eine aktive Leitplanke für das politische Handeln darstellt. Denn wie der Sklave Frederick Douglass schon 1865 schrieb: «Man hat [die Sklaverei] bei zahlreichen Namen genannt, und sie wird sich noch andere Namen ge-

ben; und Sie und ich und wir alle sollten besser abwarten, welche neue Form dieses Monster annehmen wird, in welcher neuen Haut diese alte Schlange daherkommen wird.» (S. 244)

Florian Wick

Rohit Jain, 2018: **Kosmopolitische Pioniere.** «Inder*innen der zweiten Generation» aus der Schweiz zwischen Assimilation, Exotik und globaler Moderne. transcript Verlag, Bielefeld (319 S.)

In seinem Buch unternimmt Rohit Jain gewissermassen eine Reise. Stets reich an Details und kritisch hinterfragend nimmt er die Leser*innen mit in ein «transnationales und machtvolleres Netz von politischen Regulierungen, ökonomischen Verwertungszwängen, populärkulturellen Narrativen, familiären Solidaritäten und biografischen Projekten der Lebensführungen» (S. 54). Die Reise geht zwischen der Schweiz und Indien hin und her, führt durch deren koloniale und postkoloniale Beziehungen, durch migrationspolitische Debatten in der Schweiz sowie postkoloniale Transformationen Indiens bis zum globalisierten Kapitalismus. Die Protagonist*innen dieser Reise sind Aftab, Akash, Anil, Asha, Gayatri, Jasmin, Maya, Raj, Sonia, Sunil, Sushma und Tara. Mit ihren Biografien als schweizerisch-indische Second@s bilden sie den lebendigen Kern der Studie. Als Ausgangspunkt wird die Geschichte der indischen Migration in die Schweiz aus einer relationalen Perspektive auf die Moderne skizziert. Dies bedeutet, dass diese Migration «in koloniale wirtschaftliche Bezie-

hungen, in Muster internationaler Arbeitsteilung, in normative Diskurse über das «Eigene» und das «Andere» sowie in transnationale soziale Netzwerke eingebettet» (S. 32) ist. Das alles prägt die damit verbundenen Subjektivierungsprozesse von Inder*innen der zweiten Generation in der Schweiz. Die Absicht des Buches ist denn auch, diese Prozesse in ihrem Verflochtensein und in ihren Resultaten aufzuzeigen.

Um dies zu bewerkstelligen, konkretisiert Jain die Spezifität von «Inder*innen der zweiten Generation aus der Schweiz» und fächert den klassisch soziologischen Begriff der (zweiten) Generation kritisch auf. Dies erlaubt ihm, die Konstruktion kultureller und rassialischer Differenzen als machtvolle Praxis, aber auch als subjektive Erfahrung von Generationalität aufzuzeigen. Mit der «multi-sited ethnography» bedient er sich dabei einer Methode, mittels derer transnationale Subjektivierungsprozesse im Rahmen einer globalen Sozialtheorie betrachtet werden können. Über vier Jahre hinweg begleitet er schweizerisch-indische Second@s in beiden Ländern und führt mit ihnen Interviews. Diese werden auf der Zeitachse von den 1960ern bis in die heutige Zeit miteinander verglichen entlang der drei Leitkriterien der Untersuchung: *Assimilation*, *kommerzieller Multikulturalismus (Exotik)* und *globale indische Moderne*. Auch die Gliederung des Buches folgt diesen Leitkriterien. Teil A untersucht Subjektivierungsprozesse im Kontext eines nationalstaatlichen Projektes der Assimilation in der Schweiz ab den 1960ern. Teil B geht den sich verändernden Praktiken der Subjektivierung im Kontext von globalen Umbrüchen und Verflechtungen, Kommerzialisierung und Exotisierung indischer Kultur ab den 1990ern nach und befasst sich mit einer globalen indischen Moderne ab dem Millennium.

Teil A beleuchtet, wie der Begriff der zweiten Generation überhaupt erst unter der Politik der Assimilation in der Schweiz an Bedeutung gewann und entsprechend Subjektivierungsprozesse beeinflusste. Denn diese Politik prägte die Kindheit und Jugend der vorgestellten schweizerisch-indischen Second@s, welche Jain als unmögliche Subjekte beschreibt: alltägliche Sätze wie «Ich bin nur Halbinder» oder «Ich versuche das Beste aus beiden Welten zu nehmen» (S. 65) werden als normierende Beschreibung von Herkunft und Zugehörigkeit interpretiert. Dies vor dem Hintergrund, dass sich in der Schweiz seit dem frühen 20. Jahrhundert die wirtschaftlich existenzielle Nachfrage nach migrantischen Arbeitskräften mit einer institutionalisierten Überfremdungsangst paarte. Die zweite Generation wurde so zu einer politischen Grösse zwischen «Überfremdung» und Wachstum. Eindrücklich zeigt Jain auf (S. 96), wie durch die alltägliche Konfrontation mit Assimilationsprozessen die Selbstwahrnehmung als zweite Generation entstand – sei es durch Institutionen, Sprache oder Blicke. Im öffentlichen Raum sollten nationale, bürgerliche Normen übernommen werden, während das «migrantische Anderssein» dem privaten Raum der Familie oder der Migrationsvereine zugeordnet wurde. Bis in die 1990er-Jahre existierten kaum öffentliche Räume, in denen eine mehrfache kulturelle Zugehörigkeit als legitim anerkannt wurde.

Diese Assimilationsprozesse und das sich daraus ergebende Leben zwischen zwei Welten werden durch exemplarische Biografien verdeutlicht: Aftab, der seine Biografie zum Beruf als interkultureller Unternehmensberater machte; Maya, die sich als Folge eines «Kulturkonflikts» erst vom Indischen abwandte, um schliesslich als Yoga-Lehrerin eine eigene, konfliktlö-

sende Praxis zu finden; Sonia, die als Investmentbankerin die elterlichen Erwartungen von Bildungserfolg erfüllte, einen Kindheitsfreund aus Indien heiratete und so zur kosmopolitischen «modernen indischen Frau» wird; Raj, der als Scheidungskind einer schweizerisch-indischen Ehe nur wenig Kontakt zu seinem indischen Vater hatte, als Rucksacktourist «seine Wurzeln» erforschte und auf diese Weise einen Zugang zum Herkunftsland seines Vaters entwickeln konnte (S. 99f.). Diese vier Personen begleiten, laufend ergänzt von Biografien weiterer schweizerisch-indischer Second@s, die Leser*innen bis zum Schluss des Buches.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung eines kommerziellen, exotisierten Multikulturalismus sowie der neoliberalen Rekonstruktion des urbanen Raumes zeigt Jain in Teil B anhand der genannten Biografien, wie sich die assimilatorische Subjektivierungslogik zu einer der öffentlichen Anerkennung von Mehrfachzugehörigkeit erweiterte – auch dank eines vorübergehenden Indienhypes in der Schweiz. Als Beispiel für die Kommerzialisierung des Multikulturalismus dienen ihm die Megha Mela, eine dreitägige Feier in Zürich zum 60-jährigen Bestehen des schweizerisch-indischen Freundschaftsvertrages, oder das steigende Interesse an und der Konsum von indischer (Populär-)Kultur im Westen, wie zum Beispiel Bollywoodfilme, Yoga, indisches Essen oder Fusionen in der Musik. Ein gesellschaftliches Begehren nach Differenz erlaube nun eine Pluralisierung der Aushandlung von Eigenem und Anderem in der Schweizer Öffentlichkeit. «Differenz ist nicht mehr nur verpönt, sondern auch chic und wertvoll.» (Interview mit Rohit Jain, Tagesanzeiger, 17.4.2014). Die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem werden verschoben, was die Erfahrungen des

Andersseins und der Mehrfachzugehörigkeit legitimiert. Zu Recht erwähnt Jain hier, dass sich diese neuen öffentlichen Räume lediglich «gut integrierten» Mittelschichtangehörigen der zweiten Generation öffnen. Second@s aus der Unterschicht oder mit ex-jugoslawischem und islamischem Hintergrund bleiben im öffentlichen Diskurs der Assimilationslogik viel stärker unterworfen (S. 145). Schliesslich wird am Beispiel von in Indien lebenden schweizerisch-indischen Second@s aufgezeigt, wie die indische Diaspora als Projektionsfläche benutzt wurde, um indische Werte und westlichen Materialismus in Indien in einer neuen Mittelschicht zu verbinden und wie sich damit eine globale indische Moderne etablierte, wobei auch hier transnationale Praktiken eine tragende Rolle für Subjektivierungsprozesse spielten.

Was aber trägt die Erforschung von Inder*innen der zweiten Generation in der Schweiz zu postkolonialen Migrationsdiskursen bei? Deren Angehörige sollen nicht länger als Objekte üblicher Migrationsforschung, sondern als Expert*innen für Globalisierung, Migration und Rassismus wahrgenommen werden. Dieser Blick erlaubt es, sie als kosmopolitische Pionier*innen zu anerkennen, die ihre Subjektivität in lokalen *und* transnationalen Lebenswelten sowie im Kontext von Eurozentrismus *und* postkolonialen globalen Perspektiven aushandeln.

In seinem Buch gelingt es Jain, eine Landkarte der Subjektivierungsprozesse von Inder*innen der zweiten Generation im Spannungsfeld von *Assimilation*, *kommerziellem*, *exotisiertem Multikulturalismus* und *globaler indischer Moderne* zu zeichnen. Er interpretiert diese Prozesse zudem im Kontext kosmopolitischer Ethiken in einem dezentralisierten globalen Kapitalismus und in einer postkolonialen

globalen Moderne. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Debatten über Migration, Rassismus, Vielfalt und Globalisierung in einem machtanalytischen und postkolonialen Kontext.

Nanda Moghe

Britta Becker / Maren Grimm / Jakob Krameritsch (Hg): **Zum Beispiel BASF.** Über Konzernmacht und Menschenrechte. Mandelbaumverlag, Berlin 2018 (456 S.)

Am Beispiel der Platinlieferkette zwischen dem deutschen Chemiekonzern BASF und dem britisch-südafrikanischen Platinproduzenten Lonmin erörtert dieser Sammelband koloniale Kontinuitäten im Rohstoffhandel und versammelt Stimmen von ArbeiterInnen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen aus Südafrika und Europa.

Ausgangspunkt ist das Massaker an 34 streikenden Bergarbeitern der Platinmine Marikana im August 2012 und die transnationale Solidarität mit den Opfern und Verletzten. Lonmin, die Inhaberfirma der Mine, verweigerte den Arbeitern das Gespräch und rief stattdessen die Polizei. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der damalige Lonmin-Verwaltungsrat Cyril Ramaphosa, ehemaliger Gewerkschaftsführer und heutiger Präsident Südafrikas.

Das Buch geht der Frage nach, wie es möglich ist, dass die ArbeiterInnen, die in Marikana das kostbarste Metall der Erde aus dem Boden holen, selbst seit Jahrzehnten in miesen Slumsiedlungen ohne Wasseranschluss und Anbindung an eine Infrastruktur leben. Und es setzt diese Verhält-

nisse in Bezug zur imperialen Lebensweise im Norden sowie zu Politik und Praxis von BASF, einem der weltweit grössten transnationalen Konzerne. Es geht um globale Lieferketten und deren Gestaltung durch Handelsabkommen sowie um Entwicklungspolitik, um Steuervermeidung und Unternehmensverantwortung, um dringend notwendige rechtliche Regulierungen und postkoloniale Verantwortungskonzepte – und um die neuen Herausforderungen transnationaler Solidarität. Dazu der südafrikanische Bischof Jo Seoka im Vorwort: «Das Buch bohrt sich durch die Schichten harten Gesteins, aus denen die Strukturen der Ungleichheit bestehen, die essenziell für das Verständnis sind, dass Marikana kein bedauerlicher Fehler eines sich ansonsten im Besserungsprozess befindlichen Wirtschaftssystems war.»

BASF («We create chemistry»), das sich als sozial verantwortliches Unternehmen und internationaler Vorreiter «freiwilliger Lieferkettenverantwortung» präsentiert, ist der Hauptabnehmer des geförderten Platins von Lonmin. Als Gründungsmitglied der Global-Compact-Initiative der Vereinten Nationen bekennt sich BASF auch zu den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Die Betonung der Verantwortung gehört heute geradezu zum Geschäftsmodell der Marke BASF; sie steigert den Marktwert des Unternehmens und damit dessen Profite. Der Umgang von BASF mit Lonmin entlarvt die hehren Prinzipien jedoch als reine Worthülsen.

Als im August 2012 die Meldungen über die Erschiessung von 34 streikenden Bergarbeitern in Marikana durch die Medien gingen, stellte niemand die Verbindung zu Westeuropa her. Der Arbeitskampf mit gewalttätigem Ausgang wurde wahrgenommen als etwas, das seine Wurzeln ausschliesslich in Südafrika hatte. Die Dar-

stellung der südafrikanischen Polizei, wonach sie in Notwehr handelte, wurde nicht hinterfragt. Erst als südafrikanische Aktivisten und Journalisten aufzeigten, dass, 600 Meter vom Hauptschauplatz entfernt, fliehende Arbeiter von hinten erschossen worden waren, wurden vermehrt kritische Fragen gestellt. Nun sah sich auch Jacob Zuma, der damalige Präsident Südafrikas, gezwungen, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Diese produzierte nach drei Jahren einen Bericht, der zwar die Polizei und das Unternehmen Lonmin wegen fehlender Gesprächsbereitschaft und Unterlassungen kritisierte, die politische Führung jedoch entlastete.

Unterstützt durch lokale und internationale Solidaritätskampagnen klagten die Hinterbliebenen der ermordeten Arbeiter und die Verletzten die Regierung auf Entschädigung ein und verlangten, dass die Verantwortlichen für das Massaker – so auch BASF – zur Rechenschaft gezogen würden. Bis heute allerdings erfolglos (S. 134–158).

Die Beiträge im Band werfen auch einen Blick auf die Rolle der Schweiz, als weltweit bedeutendste Rohstoffhandelsdrehscheibe und Handelsplattform für Platin. BASF übernimmt rund fünfzig Prozent des von Lonmin in Marikana geförderten Platins und ist damit der wichtigste Kunde. Das Edelmetall wird von BASF in erster Linie für die Produktion von Katalysatoren für Dieselmotoren verwendet.

Das ist jedoch nicht der einzige Bezug zur Schweiz: Zum Zeitpunkt des Massakers gehörten 28 Prozent von Lonmin der im Kanton Zug ansässigen Xstrata, die kurz darauf von Glencore übernommen worden war. Als grösster Einzelaktionär hatte Xstrata zum Zeitpunkt des Massakers einen Sitz im Verwaltungsrat von Lonmin inne. Unmittelbar nach dem Zusammen-

schluss der beiden Firmen verkaufte Glen-core seinen Anteil an Lonmin.

Weitere Kapitel beschäftigen sich mit der historischen Dimension des Rohstoffabbaus in Südafrika von der Kolonialzeit über die Apartheid bis zur postkolonialen Geschichte. Aufgezeigt werden die Kontinuitäten und Adaptationen im südafrikanischen Bergbau. Erst die Kampagnen rund um Marikana haben – gar nicht zur Freude von BASF – das Bewusstsein dafür geschaffen, dass der Konzern bereits ab 1966 – also auch während der Apartheid – wirtschaftlich in Südafrika aktiv war. Ins Katalysatoren-geschäft gelangte BASF 2006 mit dem Kauf der Firma Engelhard, einem eng mit dem Apartheidstaat verbundenen Unternehmen.

Mehrere Beiträge beleuchten am Beispiel von BASF die freiwilligen Verpflichtungen von Konzernen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards, die weder kontrolliert werden noch Sanktionen unterliegen. Dies ist besonders im Bergbau gravierend, betrifft doch ein Drittel der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen den extraktiven Sektor – mehr als jeden anderen Wirtschaftsbereich. Zahlreiche Studien belegen, dass Selbstverpflichtungen wie der Global Compact der betroffenen Bevölkerung nicht helfen (Sarah Lincoln und Akhona Mehlo); das trifft auch für die sogenannten Audits zu (Caroliyn Terwindt). Ein von BASF veranlasster Audit von Lonmin ergab, dass keine gravierenden Probleme gefunden wurden. Dies obwohl mehrere unabhängige Stellen bestätigten, dass keine der Ursachen, die zu den Streiks geführt hatten, gelöst oder angegangen worden waren.

Die Konzerne haben Kommunikationsstrategien entwickelt, um die wachsende Kritik in Schach zu halten: Sie zeigen Problembewusstsein, publizieren Nachhaltig-

keitsberichte, machen Versprechungen – und werden in Ruhe gelassen. So wird politisches Terrain verhandelt und gewonnen. Der Ökonom Dick Forslund erläutert in einem Interview (S. 41–42) die Manipulativkraft solcher Nachhaltigkeitsberichte: «Die Art und Weise, wie die Berichte verfasst sind, ist wirklich hohe Kunst. Ich brauchte eine ganze Weile, bis mir klar wurde, dass Lonmin die 5500 Häuser, die sie den Arbeitern versprochen hatte, nicht gebaut hat. [...] Erst beim Korrekturlesen meines Berichtes dämmerte mir, dass sie seit 1999 keine Häuser gebaut hatten. [...] Diese Tatsache war im Bericht so sorgfältig in permanenten Versprechungen und Bekenntnissen versteckt, dass ich es lange Zeit übersehen habe.»

Im Interview mit Maren Grimm geht Dinah Rajak in der Diskursanalyse noch einen Schritt weiter: «Die Konzerne haben sich den Diskurs ihrer KritikerInnen zu Eigen gemacht. [...] Mit dem Verweis auf ihre Fähigkeit sich selbst zu regulieren, haben sie das Feld unter ihre Kontrolle gebracht. [...] Verantwortung ist eine zutiefst paternalistische Beziehung, denn die Kontrolle liegt immer bei denen, die behaupten, die Verantwortung zu tragen, und unterläuft im Endeffekt Möglichkeiten, Ansprüche geltend zu machen und Rechte einzufordern.» (S. 265–266)

Der Beitrag von Stefan Bucher geht der Frage nach, weshalb die Geschäftsbeziehung zwischen BASF und Lonmin so lange nicht entdeckt wurde. Er beschreibt eine eigentliche Ausblendungs-maschinerie mit Narrativen, die systematische Ausschlüsse produzieren. Gegen das Nicht-Wissen-Wollen müsse die potemkinsche Fassadenkommunikation als solche endlich sichtbar gemacht werden, fordert Stephan Lesse-nich: «Machen wir uns also nichts vor: Unser Leben geht auf Kosten anderer.»

Mit der Frage, wie postkolonialer Internationalismus aussehen könnte, befasst sich der Beitrag von Alexander Behr und Trevor Ngwane. Die beiden südafrikanischen Aktivisten rufen die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Erinnerung, die ausgehend vom Algerienkrieg in Westeuropa während mindestens dreissig Jahren eine wichtige Rolle spielte und ihren Kulminationspunkt in der Boykottbewegung gegen das südafrikanische Apartheidregime fand. Diese Solidarität setzte grosse Hoffnungen auf progressive Staaten, die selbst aus Befreiungsbewegungen hervorgegangen waren. Angesichts der «monströsen Fehlentwicklungen» (S. 388) in diesen Ländern fehle dieser Rückhalt heute schmerzlich. Den Zusammenbruch der internationalistischen Bewegung sehen die beiden Autoren als Ursache für das verloren gegangene Bewusstsein für globale Zusammenhänge «zwischen gelingender Kapitalakkumulation in den Zentren und der aggressiven Peripherisierung ganzer Weltregionen.» (S. 388)

Neue Formen der Nord-Süd-Solidarität sehen Behr/Ngwane in sozialen Kämpfen um den ungehinderten Zugang zu Land, Wasser, gesundheitlicher Versorgung oder politischer Teilhabe und gegen Privatisierungen, Freihandelsabkommen und Strukturanpassungsprogramme. Sie fordern eine globale Solidarität, die ohne paternalistische Fürsprache auskommt, und den Zusammenschluss von Partikularkämpfen zu einer breiten und inklusiven Bewegung. Und sie votieren für neu zu schaffende Brückenschläge zwischen den Kämpfen von ArbeiterInnen, kritischen AktionärInnen, KonsumentInnen, GewerkschafterInnen oder UmweltschützerInnen.

Mit seinen 25 Beiträgen gelingt *Zum Beispiel BASF* eine umfassende Sicht auf das

Funktionieren der Weltwirtschaft. Es setzt in Bezug, was normalerweise getrennt gedacht und wahrgenommen wird. Das imperiale Leben im Norden, dessen NutzniesserInnen grosse Teile der Gesellschaft sind, wird ermöglicht durch die Ausbeutung der Länder des Südens. Das gewählte Fallbeispiel veranschaulicht die Kosten einer Externalisierungsgesellschaft und die damit verbundene Gewaltausübung.

Der Sammelband ist äusserst sorgfältig editiert. Die AutorInnen aus unterschiedlichen Fachgebieten und Kontexten verweisen auf eine umfangreiche und anregende Literaturliste mit aktueller postkolonialer Literatur. Zudem illustrieren 92 grossformatige Abbildungen die Lebensverhältnisse in den externalisierten Gebieten Südafrikas ebenso wie den Widerstand hier und dort.

Barbara Müller-Frei

Giorgios Kassimatis: **Das inhumane Kreditregime über Griechenland.** Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2018 (205 S.)

Die Staatsschuldenkrise in Griechenland und Europa ist bisher überwiegend unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert worden. Diese Schwerpunktsetzung drängt sich zwar auf, hat aber wichtige Aspekte unberücksichtigt gelassen. So ist das Krisengeschehen bis anhin kaum unter staatsrechtlichen Aspekten beleuchtet worden. Giorgios Kassimatis, einer der führenden Staatsrechtler Griechenlands, hat nun eine Untersuchung unter staatsrechtlichen Gesichtspunkten in deutscher

Übersetzung vorgelegt. Die Publikation basiert auf seiner dritten Abhandlung zum Krisengeschehen, die 2015 in Athen erschienen ist. Kassimatis gehört neben dem ehemaligen Arbeitsminister Giorgos Kataroulas und dem Staatsrechtler und Europa-Abgeordneten Kostas Chryssogonos zu den Verteidigern der Prinzipien des sozialen und demokratischen Rechtsstaates. In diesem Sinne argumentiert er strikt von der Ebene des nationalen Verfassungsrechts, des Unionsrechts und des Völkerrechts aus, das auf dem System der souveränen Staaten beruht. Dieser Ausgangspunkt hat seine Vorzüge, aber auch seine Limitierungen, wenn es um die Analyse der Schuldenkrise und ihrer Auswirkungen geht.

Kassimatis' Interventionen haben ein äusserst geteiltes Echo gefunden, was nicht allein in seiner analytischen Sicht, sondern in der Sache selbst begründet liegt: Kassimatis konstatiert, dass im Zuge der Krisenpolitik die «definitive Abschaffung der Rechtmässigkeit der bürgerlichen Demokratie» erfolgt und quasi ein neues Rechtssystem etabliert worden ist, das mit der bisherigen Form des parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaates nur noch eingeschränkt etwas gemein hat (S. 23). Diesen Bruch mit der bisherigen Legalität macht er vor allem an zwei Problemkomplexen fest: Zum einen an den Verfahren, mit denen die Kreditverträge zwischen Griechenland und seinen Gläubigern abgeschlossen und ihre Vorgaben in das griechische Rechtssystem implementiert worden sind. Zum anderen an den konkreten Bestimmungen der Kreditverträge sowie der mit ihnen verbundenen Memoranden selbst, mit denen in weitreichendem Masse in die demokratischen und sozialen Rechte der griechischen BürgerInnen eingegriffen worden ist.

Der Abschluss der Kreditverträge zwischen der Republik Griechenland und den Staaten der Eurozone, der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Mai 2010 – es handelt sich mit 110 Mrd. Euro um den grössten jemals vergebenen Kredit – weist in der Tat eine Reihe von Ungereimtheiten auf. So wurden die Vorvereinbarung sowie die folgenden Kreditverträge ohne öffentliche Beteiligung abgeschlossen, wobei von griechischer Seite neben dem Wirtschaftsminister der für derartige Verträge unzuständige Gouverneur der Bank von Griechenland hinzugezogen wurde. Eine Unterrichtung des Parlaments und der Öffentlichkeit erfolgte nicht, ebenso erfolgte keine Veröffentlichung der Vertragstexte im Amtsblatt der griechischen Regierung. Der Text der verschiedenen, miteinander verbundenen Vertragsbestandteile wurde erst bekannt, nachdem Kassimatis selbst diese bei der griechischen Parlamentsverwaltung eingefordert hatte. Diese Verschleierungstaktik seitens der griechischen Regierung hatte zur Folge, dass die Kreditverträge bis heute unter der irreführenden Bezeichnung Memorandum gefasst werden, obwohl die Memoranden nur Teile der Gesamtverträge darstellen. Unter dem Begriff Memorandum werden in der Regel juristisch nicht bindende politische Übereinkünfte bezeichnet.

Eine völkerrechtlich bindende und verfassungskonforme Ratifizierung der Kreditverträge sei, so Kassimatis, nicht erfolgt. Dazu wäre nach griechischer Verfassung eine Parlamentsmehrheit von drei Fünfteln der Abgeordneten notwendig gewesen. Stattdessen sei per einfacher Mehrheit beschlossen worden, dass die Kreditverträge ab ihrer Unterzeichnung, also rückwirkend, gültig seien. Die Kreditverträge wurden, wie Kassimatis ausführt, nicht etwa

nach EU-Recht abgeschlossen, wie man annehmen sollte, sondern nach britischem Recht, in dem die Position des Gläubigers besonders stark ausgestaltet ist. Besonders grotesk ist in diesem Zusammenhang, dass vom griechischen Justizministerium die Unterzeichnung eines textlich vorgegebenen Gutachtens verlangt wurde, das bezeugt, dass das gesamte Verfahren mit der griechischen Verfassung konform ist. Die Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Vertrag wurde im Vertrag selbst abgeschlossen.

Ihrem Inhalt nach binden laut Kassimatis die Kreditverträge in ebenso unzulässiger wie für die Sicherung des Kredits überflüssiger Weise «unwiderruflich und bedingungslos» (S. 62) das gesamte staatliche Vermögen und beinhalten einen Verzicht auf jegliche Ausnahmeregelungen oder Schutzbestimmungen, sodass die staatliche Souveränität in toto eingeschränkt worden sei. Die Kreditverträge würden auch keine festgelegten Regeln kennen, sondern bestimmen, dass alle künftigen Aktualisierungen bindende Vertragsbestandteile seien. Mit der inhaltlich weitgehenden Bestimmung der Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik und deren zeitlicher Umsetzung sei die legislative Funktion des Parlaments faktisch aufgehoben worden. Alle wesentlichen politischen Entscheidungen würden, auch wenn sie vom griechischen Parlament ratifiziert werden müssten, von den Gläubigern vorgegeben und von ihren Vertretern in dem dazu geschaffenen Kontrollorgan, der Troika, überwacht. «Es liegt auf der Hand, dass die in den Kreditvereinbarungen vorgesehenen oder von diesen auferlegten Massnahmen nicht das Produkt des gesetzgeberischen Willens des griechischen Parlaments sind noch sein können, sondern vielmehr das Produkt der Regierungen der Kreditgeber und der die

Kreditvereinbarungen vollziehenden Organe sind» (S. 45).

Gegenüber diesen Massnahmen, mit denen tief in die Rechte der BürgerInnen eingegriffen werde, gebe es innerhalb der Kreditverträge keinerlei Schutzbestimmungen. Mit den sozialen Rechten sei das Sozialstaatsprinzip angegriffen worden und habe jeden Inhalt verloren (S. 102). Gleichzeitig werde mit der Straffreiheit für staatliche Funktionsträger im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verträge eine Fehlentwicklung, die bereits zuvor die Demokratie in Griechenland beeinträchtigt habe, auf die Spitze getrieben.

Mit dem ersten Kreditvertrag sind nach Kassimatis' Einschätzung sowohl der Form als auch dem Inhalt nach die Massstäbe für alle weiteren Vereinbarungen gesetzt worden. Auch wenn mit der Abkehr vom britischem Recht das System der Finanzierung wieder in den europäischen Rechtsrahmen geholt worden sei (S. 49), so sei mit dem Griechenland seit 2010 auferlegten Kreditregime nicht nur das griechische Verfassungsrecht aufgehoben, sondern auch der europäischen Rechtskultur ein nachhaltiger Schaden zugefügt worden. «Insbesondere sei betont, dass die Kontrollen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Kreditverträge, die von der Troika in den griechischen Verwaltungsbehörden durchgeführt werden, keine rechtliche Basis haben und daher im Widerspruch zum Völkerrecht, zum europäischen Recht und zur griechischen Verfassung stehen und gegen den Grundsatz der Achtung der nationalen Souveränität verstossen.» (S. 59)

Kassimatis widerspricht der These, dass der Abschluss der Kreditverträge in dieser Form 2010 notwendig beziehungsweise die einzige Möglichkeit zur Reorganisierung der Staatsfinanzen gewesen sei. Darüber hinaus wäre die Fortschreibung der Verträ-

ge nur dann legitimierbar gewesen, wenn dem zugrunde liegenden Problem – der Verschuldung des griechischen Staates – im Sinne einer zumindest mittelfristigen Lösung begegnet worden wäre. Davon kann jedoch keine Rede sein, da die Staatsverschuldung sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zum Bruttoinlandprodukt (BIP) angestiegen ist.

Nach Kassimatis' These sei Griechenland 2010 von interessierter Seite das Kreditregime der Troika aufgezwungen worden. Ohne auf die konkreten politischen Umstände des Abschlusses der Verträge näher einzugehen, lokalisiert er die grundlegenden Ursachen für die Aushöhlung der nationalen repräsentativen Demokratie in der gestiegenen Macht der Finanzindustrien, die in Kooperation mit den grossen kapitalistischen Ländern eine Krisenpolitik zulasten vor allem der Staaten der Peripherie und ihrer Bevölkerungen praktizierten. Angesichts des Legitimationsverlustes der politischen Institutionen plädiert Kassimatis für den politischen Widerstand mit der «Waffe der Rechtmässigkeitsprinzipien» (S. 168) auf allen Ebenen. Wie dieser konkret aussehen und auf welche Kräfte er sich stützen kann, konkretisiert er allerdings nicht weiter.

Die von Kassimatis am konkreten Beispiel gezeigten allgemeinen Tendenzen einer Aushöhlung der bürgerlich-demokratischen Institutionen zugunsten einer an neoliberalen Imperativen orientierten autoritären Politik lassen sich kaum bestreiten und haben in Griechenland einen zugespitzten Ausdruck gefunden. Allerdings bleibt die Analyse in diesem Punkt eher oberflächlich und fällt hinter den Stand der politisch-soziologischen Diskussion zurück. So steht ausser Frage, dass neben den europäischen Finanzindustrien und den massgeblichen Verbänden der grossen In-

dustrie die griechische Oligarchie ein zentrales Interesse an der Etablierung eines politischen Regimes in Griechenland hatte, das den Einfluss der griechischen Bevölkerung auf die staatliche Politik dauerhaft minimiert.

Grundsätzlich liesse sich gegenüber Kassimatis einwenden, dass bisher alle griechischen Regierungen die Verträge unterzeichnet und damit legitimiert haben, selbst wenn die damit verbundenen Verfahren und die Inhalte der Verträge geltendem (Verfassungs-)Recht widersprechen. Es ergibt sich allerdings das Problem, das in Bezug auf die Konstitutionalisierung der EU als «Demokratiedefizit» thematisiert wird (siehe Interview mit Dieter Grimm in *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* (4) 2017, S. 5–20). Die staatliche Souveränität wird an eine Institution – in diesem Fall die Troika – übertragen, die selbst keine demokratische Legitimation hat, sondern diese nur indirekt über die beteiligten Vertragsparteien erhält. Der griechische Fall unterscheidet sich von der EU allerdings insofern, als es sich hier nicht mehr um eine teilweise, sondern um eine sehr weitgehende Abtretung von demokratischen Souveränitätsrechten handelt, also zugunsten einer supranationalen, quasi diktatorischen Institution, in der nationale Demokratie aufgehoben wurde. Dass in Griechenland ohne zwingende Gründe ein Ausnahmezustand etabliert worden ist, der den Interessen partikularer Kräfte dient und die Mehrheit der Bevölkerung ihrer sozialen und demokratischen Rechte beraubt, ist der eigentliche Skandal der sogenannten Griechenland-Rettung. Es ist kein Zufall, dass diese heisse theoretische Kartoffel in Deutschland kaum jemand in die Hand nehmen mag. Es ist Kassimatis' Verdienst, die Zerstörung rechtsstaatlicher Prinzipien entgegen dem

allgegenwärtigen Verschweigen herausgearbeitet und nun auch im deutschsprachigen Raum zur Diskussion gestellt zu haben. Dass er entgegen der Mehrzahl der JuristInnen auch moralisch zugespitzte Formulierungen verwendet, wird manche LeserInnen befremden, sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, dass hier gewichtige Argumente vorgetragen werden.

Gregor Kritidis

Florian Eitel: **Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz**. Mikrohistorische Globalgeschichte zu den Anfängen der anarchistischen Bewegung im 19. Jahrhundert. transcript Verlag, Bielefeld 2018 (630 S.)

Der Begriff elektrisiert bis heute. Für die einen ist Anarchie ein Schimpfwort, gleichbedeutend mit Chaos und Gewalt. Andere sehen im Anarchismus die Verwirklichung der Utopie von Gleichheit und Gerechtigkeit – eine Gesellschaft ohne Kapitalismus, Eigentumsakkumulation und staatliche Macht. So etwa der Anthropologe David Graeber, Professor an der London School of Economics, Politaktivist und Mitbegründer der Occupy-Bewegung. Er ist nicht allein: 2012 trafen sich im Städtchen Saint-Imier im Berner Jura über 3000 AnarchistInnen aus aller Welt, um sich auszutauschen und weiter auf ihre Ziele und Träume hinzuarbeiten, die heute genauso aktuell sind wie vor 150 Jahren.

Die Schweiz spielte insbesondere in den Anfängen der anarchistischen Bewegungen eine wichtige Rolle. Dies nicht zuletzt, weil sie Mitte des 19. Jahrhunderts «eine Insel der Freiheit» war. Ein Zufluchtsort für

politische Flüchtlinge, wo demokratische Strukturen und Pressefreiheit politischen AktivistInnen mehr Spielraum liessen, als dies in den umliegenden Ländern oder in Russland der Fall war. Gleichzeitig gab es in der Schweiz auch eigene, lokale Strömungen, die zur Entstehung eines internationalen Anarchismus beitrugen.

Der Historiker Florian Eitel legt nun in einem 630 Seiten dicken Werk über die anarchistischen Bewegungen unter den Schweizer Uhrmachern eine vielschichtige Recherche vor. Sie beschreibt die Zusammenhänge und Auswirkungen von technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen auf lokaler und globaler Ebene – und setzt diese in Bezug zu den Anfängen der internationalen föderalistischen und anarchistischen Bewegungen.

Ausgehend von einer akribischen Analyse der Uhrenindustrie im Vallon – dem Tal von Saint-Imier im Berner Jura – zeigt Eitel auf, wie die Uhrmacher schon früh den Schwankungen des Weltmarktes ausgesetzt waren und wie sich dies auf ihr Denken und Handeln ausgewirkt hat. So entstammten etwa die beiden bekannten jurassischen Anarchisten Adhémar Schwitzguébel und James Guillaume einem freisinnigen Milieu, von dem sie sich ab Ende der 1860er-Jahre schrittweise distanzieren, indem sie freie Föderationen anstelle des Staates forderten.

Die Anfänge dieser politischen Bewegungen, die hierarchische Strukturen und wirtschaftliche Machtmonopole bekämpften, gehen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Es war die Zeit rasch zunehmender globaler Verknüpfungen: Die Industrialisierung und damit verbunden die Beschleunigung des Transports von Waren und Nachrichten durch Eisenbahn, Dampfschiffe und Telekommunikation liessen die Welt enger zusammenrücken.

Es war das Zeitalter der Bildung von Nationalstaaten und des Kampfes zwischen Restauration und Demokratisierung. 1848 wurde das Kommunistische Manifest publiziert, 1864 erfolgte die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation IAA (Erste Internationale), aus der schliesslich auch die anarchistischen Bewegungen hervorgingen.

1872 wurde Saint-Imier zum historischen Zentrum der antiautoritär geprägten Aktivitäten. Das war kein Zufall: Bereits früh sympathisierten vor allem die Uhrenmacher der Region mit den Idealen und Zielen der Ersten Internationalen. 1871 gründeten sie die Juraföderation, die dem autoritären und zentralistischen Kurs, den Marx und Engels der Ersten Internationalen aufdrückten, kritisch gegenüberstand. Der Streit eskalierte und führte dazu, dass sowohl die Vertreter der Juraföderation wie auch der russische Berufsrevolutionär Michail Bakunin aus der IAA ausgeschlossen wurden. In der Folge organisierten die Ausgeschlossenen und ihre Sympathisanten in Saint-Imier einen zweitägigen «Gegenkongress» mit 200 TeilnehmerInnen, darunter auch Michail Bakunin und Giuseppe Fanelli, «zwei sagenumwobene ältere Revolutionäre», sowie weitere bekannte Kämpfer aus dem Risorgimento und der Pariser Kommune. Eitel vermutet, dass einige der international bekannten Aktivisten eigens in den Jura reisten, um die Mitglieder der Juraföderation kennen zu lernen, die es gewagt hatten, Marx und Engels die Stirn zu bieten. Mit von der Partie waren zudem zahlreiche junge AktivistInnen und SozialrevolutionärInnen sowie – zahlenmässig gut vertreten – lokale AkteurInnen. So wurde der Kongress in Saint-Imier zu einem «Knotenpunkt eines weiträumigen Netzwerkes, über den politische Inhalte und Erfahrungen ausgetauscht wurden».

In seinem Buch widmet Florian Eitel erstmals den Aktivisten aus dem Vallon ein besonderes Augenmerk und setzt deren Biografien – soweit bekannt – in Bezug zu den internationalen Ereignissen und Entwicklungen.

Der Gegenkongress verabschiedete vier Resolutionen, auf die im zweiten Kapitel des Buchs näher eingegangen wird: Die beiden ersten Resolutionen, die – laut Eitel zu Unrecht – bisher kaum Eingang in die Anarchismusforschung gefunden haben, waren dem Konflikt zwischen den «Zentralisten» um Marx und den «Föderalisten» gewidmet. Sie verlangten, dass alle Sektionen der IAA Stellung beziehen sollten. In der Folge erlangten die Anhänger der autonomen Föderation, wie sie die Jurassier verlangten, eine überwältigende Mehrheit. Dies führte zur Abschaffung des von Marx geführten Generalrats. Stattdessen wurde ein «Bureau fédéral» eingesetzt, das keine Entscheidungskompetenz hatte, da die einzelnen Sektionen autonom agierten. Damit obsiegte die antiautoritäre internationale Bewegung über die marxistische, womit die Forderungen der ersten beiden Resolutionen erfüllt waren. «Der Anarchismus wuchs in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu einer aktiven globalen Massenbewegung an», schreibt Eitel und fasst weiter zusammen: «Diese territoriale und numerische Expansion machte aus dem Anarchismus die weltweit grösste politische Bewegung innerhalb der revolutionären Linken. Erst durch die Oktoberrevolution von 1917 und die Ausstrahlungskraft des Kommunismus Lenin'scher Prägung wurde dieser Prozess aufgehalten.»

Die dritte und vierte Resolution skizzierten konkrete Aktionspläne für das Erreichen der anarchistischen Zielsetzungen. Sie legten die Basis für zwei unterschiedliche anarchistische Ausrichtungen, die sich

im Jahrzehnt nach dem Kongress von Saint-Imier weiter konkretisierten. Die dritte Resolution zielte auf die kompromisslose Zerstörung der bestehenden politischen Ordnung – ein Aufruf zum «aufständischen Anarchismus». Demgegenüber legte die 4. Resolution die Basis für den Anarchosyndikalismus, der den gesellschaftlichen Wandel durch die Bildung eines autonomen, gewerkschaftlich geprägten Klassenbewusstseins erreichen will, wobei die ArbeiterInnen langfristig-strategisch auf ihre neue Rolle vorbereitet werden. Gewalt ist dabei nicht zwingend, aber in gewissen Situationen legitim. Ein vehementer Verfechter des Anarchosyndikalismus war der Uhrmacher Adhémar Schwitzguébel, der bereits 1869 für den Aufbau von Gewerkschaften im Vallon plädiert hatte.

Florian Eitel misst dem Kongress in Saint-Imier und den Resolutionen eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung des Anarchismus zu: «Die Analyse und die vorgeschlagenen Lösungen stellen auf der einen Seite ein erstes, auf internationaler Ebene festgehaltenes anarchistisches Programm und damit eine inhaltliche Konvergenz dar. Auch Verbindungslinien zu späteren anarchistischen Akteursgruppen und Erscheinungen lassen sich ziehen. [...] So gesehen kann man die Resolutionen durchaus als eine Art Charta der anarchistischen Bewegung und Saint-Imier als dessen Geburtsort bezeichnen.»

Der Kongress von Saint-Imier und dessen Resolutionen erlangten in der Folge einen «Bekanntheitsgrad von globaler Dimension», wie Eitel schreibt. Anschaulich zeigt er auf, wie die Beschleunigung der Briefpost und vor allem die Einführung der Telegrafie die Kommunikation unter den AktivistInnen verbesserte. Ein wichtiger Faktor, da der schriftliche Austausch von

Ideen und Plänen in der anarchistischen Bewegung eine zentrale Rolle spielte: «Einerseits stellte die erhöhte Korrespondenz-tätigkeit einen Versuch dar, Partizipation nach anarchistischen Prinzipien zu verwirklichen. Andererseits kam ihr eine Koordinationsfunktion für gemeinsame Aktionen und damit zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit zu.» Wie sehr die Anarchisten nicht nur Kritiker der bestehenden Verhältnisse und Entwicklungen waren, sondern durchaus auch Gebrauch von technischen Errungenschaften machten, beschreibt Eitel am Beispiel der Eisenbahn: 1874 erleichterte der Anschluss des Vallon an das Eisenbahnnetz den Austausch der lokalen Akteure mit durchreisenden Aktivisten, die nun Saint-Imier als Zwischenstation auf ihren Vortragstourneen einplanten. So kam man in Saint-Imier öfter als zuvor in den Genuss von Vorträgen – allerdings reisten die Referenten dann gleich mit dem nächsten Zug wieder weiter, während Michail Bakunin 1871 noch drei Tage und Petr Kropotkin 1872 gar eine Woche im Vallon verbrachten. «Die Eisenbahn scheint somit bei den Anarchisten ebenso wie beim Bürgertum zu einer Rationalisierung und Beschleunigung ihrer Tätigkeit nach dem Prinzip <Zeit ist Geld> geführt zu haben. Mehr Versammlungsöffentlichkeit mit weniger Personal-, Zeit- und Geldaufwand, dies war die Devise der Zeit, besonders bei den Anarchisten mit ihren knappen Geld- und Zeitressourcen», fasst Eitel diese Entwicklung zusammen.

Das facettenreiche Buch, das einen Einblick in die Ideengeschichte des frühen Anarchismus gibt, bietet über weite Strecken unterhaltsame Lektüre, arbeitet Eitel doch mit unzähligen Beispielen und Anekdoten. Aufgrund der thematischen Gliederung stellt sich beim Lesen – bedingt durch die

zahlreichen Zeitsprünge – der Eindruck einer gewissen Redundanz ein. Doch Durchhalten lohnt sich: Die Lektüre lässt die Ideen der AnarchistInnen jenseits von Chaos und Gewalt aufleben. Zum Schluss widmet Florian Eitel das Buch seiner Tochter mit dem Wunsch: «Möge sie in einer Welt aufwachsen, in der Freiheit respektiert wird, Gleichheit nicht in Vergessenheit gerät und Utopien Raum bekommen.»

Gabriela Neuhaus

Michael Hardt / Antonio Negri: **Assembly.** Die neue demokratische Ordnung. Campus, Frankfurt am Main 2018 (409 S.)

Die Zusammenarbeit zwischen Michael Hardt und Antonio Negri hat bereits eine Reihe von Bestsellern produziert: Den Grundstein legten sie mit *Empire* (2000), gefolgt von *Multitude* (2004) und *Commonwealth* (2009). Mit *Assembly. Die neue demokratische Ordnung* legen die beiden Autoren ein neues Buch vor, das formal wie inhaltlich ihrem Erfolgsrezept treu bleibt. Sie gehen darin einer quälenden, zentralen Frage progressiver Bewegungen nach: Warum waren diese bisher nicht imstande, einen dauerhaften Wandel herbeizuführen und neue, demokratischere und gerechtere Gesellschaften zu schaffen? (S. 13) Um diese Frage zu beantworten und einer «linken Melancholie» entgegenzuwirken, blickt das Autorenduo auf das Problem von Macht und Führung. Dabei argumentieren Hardt/Negri, dass soziale Bewegungen zu Recht eine vertikale Führung mehrheitlich ablehnen. Zugegebenermassen haben sie eine ähnliche These bereits an einem ande-

ren Ort aufgestellt: In *Multitude* behaupteten sie, dass das «auffallendste Organisationsmerkmal dieser verschiedenen Bewegungen [...] ihr Beharren auf Autonomie und ihre Ablehnung jeglicher Zentralisation und Hierarchie, von Führern oder Sprecherinnen» (*Multitude*, S. 104) sei. Jetzt mahnen sie, dass Führung und Macht nicht per se abzulehnen, sondern neu zu denken seien, und dass man Menschen zu einem «kohärenten Ganzen» zusammenbringen müsse (S. 14). Diesen begrüßenswerten, zutiefst politischen Anspruch, Macht und Führung neu zu denken, und damit eine der ewigen Fragen der Linken zu beantworten, lösen sie aber nur teilweise ein.

Die beiden Autoren argumentieren, dass Anführer*innen nur noch eine taktische Rolle spielen sollten und dass die strategische Führung «von unten» kommen müsse. Sie versuchen, «Schluss» zu machen mit der Souveränität (S. 54f.) und nehmen auch damit ein Kernargument aus *Multitude* wieder auf: «Der Begriff der Multitude stellt eine Kampfansage an diesen Gemeinplatz der Souveränität dar. Die Multitude ist in der Lage, gemeinsam zu handeln und sich daher selbst zu regieren, obwohl sie vielfältig und differenziert ist.» (*Multitude*, S. 118) In *Assembly* heisst es nun: «Eine Multitude kann nie souverän sein, denn sie ist nicht eins, sondern viele.» (S. 54) Die Verknüpfung dieser Vielheit müsse so erfolgen, dass keine Repräsentation nötig ist – dann könne die Multitude eine Assembly begründen und eine gerechtere Gesellschaft entstehen lassen. Der doppelte Angriff gegen Souveränität und Repräsentation führt aber weder zu einer Lösung des Problems der Führung noch dazu, die eingangs gestellte Frage nach dauerhaftem Wandel zu beantworten. Das gesamte Buch durchzieht ein eigenwilliges Verständnis des Politischen. Wie auch zum

Beispiel Ernesto Laclau fordern Hardt und Negri, die Multitude zu einen, doch die Antwort darauf, wie dies zu erreichen sei, fällt radikal anders und apolitischer aus als in Laclaus Streitschrift *On Populist Reason*. Laclau sah gerade in diesem Zusammenführen das politische Moment schlechthin und erläuterte, für manche Beobachter*in viel zu formal, wie diese Artikulation von-statten gehen könne. Hardt und Negri haben keine Antwort darauf, was das Zusammenführen ermöglichen und wie es Realität werden könnte. Stattdessen flüchten sie sich in apodiktische, pathetische und diffuse Aussagen, die das gesamte Buch durchziehen. Die Macht der Multitude erfordere einen neuen Fürsten, der «Partikeln vergleichbar, die in einer Suspension schweben, überall in der Gesellschaft dispergiert» sei (S. 284). Es scheint, als sei das Autorenduo nicht nur auf der Suche nach einem Nicht-Eigentum (S. 136), sondern auch nach einer Nicht-Macht. Der neue Fürst könne nicht den Platz des alten auf dem Thron einnehmen (S. 335). Hier hätten Hardt/Negri an die Arbeiten von Claude Lefort (z. B. *Democracy and Political Theory*) anschliessen können, der als Kennzeichen der Demokratie den leeren Ort der Macht ausmacht, wo es keinen Platz für einen «Fürsten» habe, aber auch nicht einfach, wie Lefort argumentiert, für die Gesellschaft als neue Trägerin der Macht. Doch Hardt/Negri bieten ihren Leser*innen keine Demokratie-Theorie, und trotz der zutiefst politischen Ausgangsfrage machen sie Politik zu einem gänzlich nachrangigen Phänomen. Hardt und Negri sind bemüht, die Autonomie des Politischen zu begraben. Dies fällt auch bei der kursorischen Behandlung auf, die rechtspopulistische Bewegungen erfahren. Dabei widersprechen genau diese Bewegungen vielen Annahmen von *Assembly*, und es sind ge-

nau diese Bewegungen, die dabei sind, nachhaltig-unheilvolle Veränderungen herbeizuführen, weil ihre Forderungen immer mehr in den Mainstream einsickern – diesseits und jenseits des Atlantiks. Unter all ihren Forderungen findet sich nämlich all das, was Hardt und Negri für tot erklärt haben: der Ruf nach nationalstaatlicher Souveränität, nach einer Rückkehr des starken Nationalstaates, die Berufung auf ein ethnisches oder nationales Volk und das Aufkommen von Anführer*innen mit Symbolfunktion, welche die Bewegungen zusammenhalten. Dabei verknüpfen sie diese Forderungen mit solchen, die zuvor genuin links gewesen sind. In den USA erkämpft sich diese neue Rechte gerade eine kulturelle und politische Hegemonie. Zwar geht es auch bei *Assembly* um die Erlangung von Hegemonie, doch dies sei kein politischer Prozess mehr. Während *Assembly* also durchaus mit einer umfassenden Analyse der Finanzökonomie aufwarten kann, der ein ganzer Buchabschnitt gewidmet ist, bleibt es politisch-theoretisch, aber auch politisch-praktisch unbefriedigend – es sind die Einsichten von Laclau und Lefort, von Gramsci und Foucault, die hier ignoriert werden.

Obzwar die Analyse der Finanzökonomie detailliert und scharfsinnig ist, leisten sich die beiden Autoren auch hier überraschende Wendungen. So akzeptieren sie die neue Einheit von Mensch und Maschine, billigen einen als unabänderlich gedachten Eintritt der Technologie in die Lebenswelt der Menschen und versuchen den Begriff des Unternehmertums neu positiv zu besetzen: Nämlich als Versuch, neue Kooperationsformen von «existierenden Arbeitern, Ideen, Technologien, Ressourcen und Maschinen» zu finden. Sie argumentieren gar, dass junge Menschen, die in ihren «Maschinen-Assemblagen» vertieft

sind, an ihren Computer- und iPad-Bildschirmen sitzend, bewusst oder unbewusst Widerstand produzieren (S. 165).

Solche und ähnliche apodiktische Aussagen kennzeichnen den Text und irritieren genauso wie der sprunghafte, oft oberflächliche Stil. Zu oft kündigen die Autoren Themen an, verlieren sich dann aber in langen Exkursen und vergessen den eigentlichen Gegenstand, an den sie sich mehrere Kapitel später wieder zu erinnern scheinen. Die Call-and-Response-Struktur funktioniert nicht, wenn diese Calls und die dazugehörigen Antworten auseinandergezogen sind. An anderen Stellen (z. B. S. 206, 212) geben die Autoren unumwunden zu, keinen Raum für eine genauere Untersuchung zu haben und begnügen sich mit Allgemeinplätzen und Oberflächlichkeiten. Natürlich erwarten die Leser*innen keine empirische Analyse von diesen beiden Denkern, doch gerade bei ihrer Thesenfreudigkeit wären konkrete Beispiele interessant gewesen. Auf welche sozialen Bewegungen beziehen sich Hardt/Negri? Und was haben der Zuccotti-Park in New York und der Kairoer Tahrir tatsächlich gemeinsam? Die bloße Nennung dieser Ereignisse und Bewegungen degradiert sie zu Karikaturen, deren Kennzeichen und Spezifika mit groben Pinselstrichen übermalt werden. Insgesamt bleiben sich Hardt und Negri auch in diesem Band ihrer Linie treu, liefern gewohnt scharfsinnige und treffende Analysen des postmodernen Kapitalismus, jedoch ohne wirklich über das hinauszuweisen, was sie in ihren vorherigen Büchern festgestellt hatten, und vor allem ohne eine Theorie des Politischen zu bieten. Es gelingt ihnen zwar die linke Melancholie zu überwinden, doch oft nur zum Preis eines linken Pathos.

Philipp Casula

Ueli Mäder: **68 – Was bleibt?** Rotpunktverlag, Zürich 2018 (367 S.)

Über 1968 wurden bereits viele Bücher geschrieben. Alle zehn Jahre erreicht der Rückblick vorerst noch einen weiteren Höhepunkt. Der Soziologe Ueli Mäder, zuletzt Autor von *macht.ch. Geld und Macht in der Schweiz* (2015) sowie *Raum und Macht. Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit* (2014), beide ebenfalls im Rotpunktverlag erschienen, nimmt das 50-Jahr-Jubiläum zum Anlass für einen neuen Anlauf unter der denkbar knappen Überschrift «68 – Was bleibt?».

Ueli Mäder zeichnet ein buntes und vielstimmiges Bild der 68er-Bewegung. Dieses Buch ist weder eine historische Untersuchung noch eine theoretische Abhandlung. Eher könnte man von einem Kaleidoskop sprechen, oder vielleicht von einem reichhaltig bestückten 68er-Bouquet. Für diese Publikation führte Ueli Mäder Interviews mit über 100 Personen. Mit weiteren gut 50 Personen hat er schriftlich zum Thema kommuniziert und sich informell ausgetauscht. Die InformantInnen sind auf den Seiten 354–355 aufgeführt. Die Liste ist eindrücklich. Es finden sich bekannte und weniger bekannte Namen. Die meisten von ihnen haben 68 aktiv erlebt und mitgeprägt. Aber nicht alle: Ueli Mäder hat sich auch mit einigen Nachgeborenen ausgetauscht, um zu erfahren, wie die Bewegung auf sie nachwirkt.

Natürlich beruht das Buch nicht ausschliesslich auf den Erfahrungen und Aussagen dieser gut 150 befragten Personen. Das Quellenverzeichnis umfasst immerhin auch nochmals 15 Seiten. Und dann sind da natürlich die persönlichen Erfahrungen des Verfassers selbst. 1951 geboren, «nahm [Ueli Mäder] 1968 aktiv am politischen Auf-

bruch teil», wie die Autorenangabe festhält (S. 368). Es handelt sich um ein klassisches Understatement. Für zahlreiche politisch interessierte Personen – zumindest in der Deutschschweiz – verkörpert der Verfasser ja selbst wie kaum ein Anderer das Erbe der 68er-Bewegung. Ueli Mäder unterlässt es allerdings, seine eigenen Erlebnisse und Erfahrungen zu thematisieren. So bleibt der persönliche Erfahrungsraum, auf dem die Komposition seiner Studie beruht, im Dunkeln. Nur an einer Stelle taucht der Verfasser unerwartet und vielleicht durchaus unbeabsichtigt kurz selbst als 68er auf: «Aus meiner Sicht hätte es sich gelohnt, das Bündnis weiterzutragen», kommentiert Ueli Mäder auf Seite 72 die Spaltung zwischen der libertär-sozialistischen und der marxistisch-leninistischen Linken in Basel, die damals durch die «Arena» auf der einen und die POB (Progressive Organisationen Basel) auf der anderen Seite repräsentiert wurden.

Das Buch ist in sieben Kapitel gegliedert. Nach einer «Annäherung» geht es um «Proteste in aller Welt», bevor Ueli Mäder den «Aufbruch in der Schweiz» behandelt. Es folgen «Biografische Notizen» sowie ein langes Kapitel zu «Projekten und Debatten». Die zwei kürzeren Kapitel «Theoretische Bezüge» und «Was bleibt?» runden die Publikation ab. Letztlich ist Ueli Mäders Herangehensweise aber in allen Kapiteln dieselbe: Er lässt seine InformantInnen zu Worte kommen, rekonstruiert biografische Sequenzen oder ganze Lebensläufe und verwebt seinen vielfältigen empirischen Stoff mit Bezügen auf mehr oder weniger bekannte Ereignisse und Kontroversen der 68er-Bewegung. Die dichte Aufzählung von Ereignissen zu Beginn des Welt- und des Schweiz-Kapitels vermittelt einen starken Eindruck von dem Gefühl des Aufbruchs und/oder der Verunsicherung, das

zahlreiche Menschen in den 68er-Jahren erfasst haben dürfte. Wenn Ueli Mäder über den Aufstand der Schwarzen in den USA schreibt, kommt Silvia Staub-Bernasconi zu Wort, die 1963 mit einem UNO-Stipendium nach New York aufbrach. Seine Informantin zum Prager Frühling ist die in Bratislava geborene Irena Brežná, die 2012 für ihr Buch *Die undankbare Fremde* den Schweizer Literaturpreis erhielt. Niggi Scherr, der spätere langjährige Zürcher Gemeinderat, war im Pariser Mai 68 bei der Besetzung der Sorbonne dabei, und der Berner Soziologe Urs Jaeggi wurde in Berlin zu einem der prägenden Theoretiker der Bewegung.

Ueli Mäder erweist sich als Meister der Erzählung verstrickter Geschichten, sogenannter *entangled histories*, wie sie etwa die postkoloniale Geschichtsschreibung und Theoriebildung einfordert. Er tut dies einfach so, ohne gross darüber zu theoretisieren. Und er fokussiert nicht nur die Verstrickung von helvetischen Erfahrungen mit Weltereignissen, sondern taucht auch in kleine und unscheinbare Geschichten ein, deren Bedeutung sich erst auf den zweiten Blick erschliessen mag. So ist es ihm etwa im Kapitel über den «Aufbruch in der Schweiz» ein grosses Anliegen, den Blick über die urbanen Zentren hinaus zu richten und auch Ereignisse und Stimmen aus dem Jura, dem Thurgau und anderen peripheren Regionen aufzugreifen. Dass der Verfasser dabei zuweilen auch an die Grenzen seines eigenen Erfahrungsraums stösst, lässt sich etwa daran erkennen, dass die Romandie in der gesamten Darstellung allzu kurz kommt: Es wird zwar gewürdigt, dass Waadt, Neuenburg und Genf bei der Einführung des Frauenstimmrechts «vorgespurt» haben, aber dann kommt fast nur noch Jean Ziegler zu Wort (S. 105–107).

Das Buch gibt tausend Einblicke in die

schweizerische 68er-Bewegung. Ueli Mäder ist bemüht, der Bewegung viele verschiedene Gesichter zu geben sowie allzu eindeutige und vor allem einseitige Bilder von 68 zu vermeiden. Die Lektüre ist äusserst informativ und regt dazu an, selbst weitere Verbindungen herzustellen und Reflexionen zu initiieren. Letzteres dürfte zumal für jene LeserInnen gelten, die selbst dabei waren oder einige der in diesem Buch zur Sprache kommenden InformantInnen persönlich kennen. Manchmal muss das Buch zur Seite gelegt werden, weil die Aufzählung vieler Geschichten repetitiv wirkt und ermüden kann. Aber kaum jemals verliert Ueli Mäder seinen roten Faden, der stets um die Frage kreist: «Was bleibt?», aus den Augen. Ich interpretiere diese Frage vor allem so: «Was können wir von 68 lernen?»

Es ist allerdings nicht ganz einfach, Ueli Mäders Botschaft oder seine Antworten auf diese Frage zu erfassen. In der «Annäherung» (S. 10) formuliert er vier Annahmen, die es im Verlauf der Darstellung zu relativieren und zu differenzieren gelte: «*Erstens*: Der 68er-Aufbruch reagierte, von Utopien inspiriert, auf autoritäre Strukturen, bürokratische Zwänge und konsumistisches Verhalten. *Zweitens*: Der 68er-Aufbruch kontrastierte etablierte Gewohnheiten. Er trug dazu bei, eng geführte Traditionen aufzubrechen und gesellschaftliche Einrichtungen zu demokratisieren. *Drittens*: Die 68er-Bewegung schwächte sich über ideologische Verhärtungen selbst. Sie bleibt aber bis heute über Folgeprojekte und engagierte Personen wirksam. *Viertens*: Heutige Jugendliche orientieren sich, von pluralistischen Sozialstrukturen geprägt, an politischen Identitäten, die Widersprüche zulassen und neue soziale Verbindlichkeiten suchen.» Im Schlusskapitel werden diese Annahmen aber nicht mehr

systematisch aufgegriffen. Ueli Mäder setzt sich eher in Fragmenten und kleinen Schritten mit diesen auseinander, ohne zu einem abschliessenden Fazit zu gelangen. Das ist wohl ein Kernbestand seiner Botschaft an die Nachgeborenen: Es gibt kein eindeutiges und abgeschlossenes Erbe von 68, sondern es liegt auch an euch, aus 68 etwas zu machen! Diese Botschaft erinnert mich an Jacques Derridas Buch *Marx' Gespenster*, auf das sich Ueli Mäder allerdings nicht bezieht. Dem *Kommunistischen Manifest* hingegen widmet er zwei Seiten, auf denen unter anderem Folgendes zu lesen ist: «Beim *Manifest* irritieren absolute, deterministische und kriegerische Aussagen. Sie stellen seine emanzipative Wirkung in Frage. Aber auch das *Manifest* ist ein Kind seiner Zeit.» (S. 307)

Was bleibt also von der Lektüre dieses Buchs? Vielleicht die folgende Einsicht: Wir sind stets Kinder unserer Zeit und machen unsere eigene Geschichte bis zu einem gewissen Grad aus dem Stoff früherer Geschichten. Um die Bedeutung von 68 zu verstehen, ist es für Ueli Mäder sinnvoller, mit zahlreichen Menschen zu sprechen, statt die eine grosse Wahrheit zu suchen. Dabei gilt es, nicht nur beabsichtigte Aktionen und Auswirkungen in den Blick zu nehmen, sondern auch Unbeabsichtigtes: Der Verfasser spricht von «Gegenläufigkeiten» (S. 319–320), bei denen es sich um etwas Anderes handelt als um «Gegensätze» oder «Widersprüche» (zwei Fetisch-Konzepte der 68er-Sprache). Und es gilt das Augenmerk gerade auch auf jene Formen «widerständiger Energie» zu richten, die sich hinter einer unscheinbaren, ja sogar konformistischen Fassade verbergen können, oftmals aber nachhaltiger wirksam seien als jene explosiven und spektakulären Protestformen, die sich ins kollektive Gedächtnis einschreiben. Schliesslich lässt

sich das Buch auch als Ermunterung verstehen, die Kinder unserer Zeit, das heisst: die heutige Jugend, als ein offenes Werden zu begreifen, statt sie vorschnell einer eindeutigen Schublade zuzuweisen (in den Augen zahlreicher 68erInnen sind sie leider «unpolitisch» ...). Ueli Mäder stellt sie im Schlusskapitel unter die Überschrift «eigenwillig angepasst» (S. 327–333). Man spürt zwischen den Zeilen seine Neugier, herauszufinden, wie die heutigen Jugendlichen ticken, was sie aus 68 machen werden, und wie wohl ihr eigenes 68 aussehen könnte beziehungsweise aussehen wird.

Peter Streckeisen

Stefan Howald: **Links und bündig.** WOZ Die Wochenzeitung. Eine alternative Mediengeschichte. Rotpunktverlag, Zürich 2018 (360 S.)

Ein Jahr nach nachdem die Achtziger-Bewegung in Zürich erstmals im Mai 1980 mit den «Opernhauskrawallen» Schlagzeilen machte, erscheint im Juli 1981 die Null-Nummer der *WochenZeitung* (zuerst *WoZ*, ab 2003 *WOZ*). Der Niedergang bestehender linker Zeitungen, viele davon Teil der sozialdemokratischen Parteipresse (S. 12), hatte das Bedürfnis nach einer neuen medialen Gegenstimme geweckt. Ausser der *WOZ* entstehen in dieser Zeit weitere linke Zeitungsprojekte, unter anderem im März 1981 der *Widerspruch*. Den beiden ist gemein, dass sie einige Krisen überlebt haben und bis heute Teil einer ausgedünnten linken Presselandschaft sind. Die *WOZ* kann auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken: Im Grossen und Ganzen konnte sie ihre

Auflage steigern und im Jahr 2017 gelang gar ein grosser Sprung nach vorne. In absoluten Zahlen bedeutet das eine Auflage von 17 107 Exemplaren und eine Reichweite von 87 000 LeserInnen, wie in den Hausmitteilungen der *WOZ* vom 12. April 2018 nachzulesen ist. Stefan Howald, seit 2010 selbst *WOZ*-Redaktor, hat dieser Erfolgsgeschichte ein Buch gewidmet. Er recherchierte umfassend im *WOZ*-Archiv und führte rund dreissig Interviews, die als prägnante und anekdotische Zitate Eingang ins Buch fanden (S. 355).

In sechs mehr oder weniger chronologischen Kapiteln widmet sich Howald den für die jeweiligen Jahre zentralen Themen, in denen sich die historischen Umbrüche der bisherigen Erscheinungsjahre spiegeln. Er geht auf organisatorische und personelle Veränderungen im *WOZ*-Kollektiv ein und zeichnet die parallele Entwicklung anderer Medien auf. Grundsätzlich zurückhaltend und nüchtern im Stil, lassen die Anekdoten aus den Redaktionsräumen den Alltag der *WOZ*-MacherInnen plastisch werden. Prägnante Zitate aus den zahlreichen *WOZ*-Ausgaben bieten weitere anschauliche Eindrücke und die beträchtliche Anzahl Bilder macht den ästhetischen Wandel im Zeitungslayout greifbar und erinnert an frühere Zeiten, als mit Schere und Leim gelayoutet wurde. Im Anhang finden sich die Statuten der Zeitung, ein Verzeichnis der *WOZ*-Bücher, der Unterstützungsaktionen sowie der Genossenschaftsmitglieder.

In den Anfängen der Zeitung nahm die Inlandberichterstattung klar den grössten Raum ein. Die *WOZ* zeigte sich bewegungsnah und verhandelte die Häuserbewegung ebenso wie den bewaffneten Kampf insbesondere in Deutschland, wo Verbindungen in die Schweiz existierten. Letzteres sorgte im Redaktionskollektiv wiederholt zu Debatten, wie viel Raum überhaupt dafür ein-

geräumt werden sollte (S. 48). Rund um das Jahr 1990 versuchte die Zeitung, anhand verschiedener Anlässe das von bürgerlicher Seite kolportierte Bild einer wehrhaften und gleichzeitig neutralen, schuldlosen Schweiz zu widerlegen. Das schweizerische Gedenken zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs war nicht etwa von ernster Reflexion geprägt, sondern von einer Jubelfeier für die Aktivdienstgeneration. Im gleichen Jahr erzielte die GSoA-Initiative für die Abschaffung der Armee einen Achtungserfolg. 1990 kommt in der «Fichenaffäre» ans Licht, dass in der Schweiz 900 000 politisch links gesinnte Menschen überwacht wurden. Und 1991 feiert sich das Land anlässlich des 700-jährigen Bestehens, begleitet von einem «Kulturboykott» (S. 101). Die WOZ unterstützte und begleitete die Kampagne gegen die politische Polizei rund um die «Fichenaffäre»; den «Kulturboykott» trug sie neben publizistischer und dokumentarischer Arbeit auch organisatorisch mit. Beide Kampagnen verschafften der WOZ viel öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) beschäftigte die Zeitung spätestens seit 1999, als sie zur grössten Partei der Schweiz aufstieg. Um die Jahrtausendwende bildete sich die Antiglobalisierungsbewegung – in der Schweiz vor allem mit den Mobilisierungen gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos und 2003 gegen den G8-Gipfel in Évian am Genfersee. Die WOZ unterstützte 2003 die Entscheidung des aus linken Organisationen bestehenden «Oltner Bündnis», die Polizeikontrollen in Fideris auf dem Weg nach Davos zu boykottieren. 2004 veröffentlichte sie AugenzeugInnenberichte aus dem Polizeikessel in Landquart und kritisierte als einziges Medium das polizeiliche Vorgehen. Die Inlandberichterstattung widmete sich zu-

dem mehr oder weniger kontinuierlich Umwelt- und Energiefragen, dem Finanzplatz Schweiz sowie sozialpolitischen Themen wie der Drogen- und Migrationspolitik, dem Sozialstaat und der Psychiatriekritik.

Der Epochenumbruch 1989, der die globale Ordnung auf den Kopf stellte und international viel in Bewegung brachte, war ein zentrales Thema der internationalen Berichterstattung. Die drei Golfkriege sowie die Jugoslawienkriege fanden Eingang in die WOZ, ebenso wie verschiedene Befreiungsbewegungen in Zentralamerika, Sri Lanka oder Kurdistan. Die Bedeutung der Kultur vergrösserte sich zum bisher letzten Mal mit der «Kulturoffensive» im Jahr 2015 (S. 318). Entgegen dem Trend bei anderen Zeitungen, wo Ausgabenkürzungen das Ressort besonders stark betreffen, baute die WOZ die Stellenprozente sowie die Seitenanzahl der Kultur aus. Zu diesem Ausbau gehörte ein Schwerpunkt auf Essays für die akzentuierte Artikulation von Positionen und aufwendige Recherchen.

Stefan Howald verzeichnet im Buch verschiedene kreative Sonderbeilagen. 1987 erscheint eine WOZ, in der statt von weiblichen Stadträten von «männlichen Stadträtinnen» die Rede ist, also eine Ausgabe im «umfassenden Femininum» in Zusammenarbeit mit der feministischen Linguistin Luise F. Pusch (S. 90). Die WOZ macht als Werbeaktionen Übernahmeangebote an die Weltwoche (2002, S. 228) sowie an die Migros (2004, S. 246). Ab 2007 produziert sie jährlich einen «WOZ-Herbstknaller», beispielsweise die Wunsch-WOZ von 2014 (S. 305).

Das Buch zeichnet zwei zentrale Entwicklungslinien der WOZ nach. Die eine betrifft das Redaktionskollektiv, die andere die AdressatInnen der Zeitung. In den Debatten um eine Neuausrichtung der Zei-

tung und anlässlich von verschiedenen Relaunchs entfernte sich die WOZ zwar nicht vollständig, aber doch kontinuierlich von ihren basisdemokratischen Ursprüngen. Im Zuge einer Professionalisierung erhielt die redaktionelle Leitung mehr Gewicht und die Aufgabengebiete Redaktion und Verlag wurden klar getrennt. Ein Beispiel für die zweite Entwicklung ist die Abschaffung des Strassenverkaufs: 1986 konnte eine Ausgabe für drei Franken auf der Strasse, für vier Franken am Kiosk erworben werden. Die «Prärie», eine Seite, die es linken Gruppen ermöglichte, eigene Diskussionsbeiträge frei in der WOZ zu publizieren, wurde gestrichen. Tendenziell nahm die Nähe der WOZ zu sozialen Bewegungen und damit ihre Funktion als deren Sprachrohr ab. Format und Gestaltung wurden professionalisiert. Die Zeitung bedient zunehmend einen LeserInnenkreis, der über die ausserparlamentarische Linke hinausgeht. Aktuell steigen Auflage und Abonnements der WOZ stetig an. Auch der Verein ProWOZ, der die redaktionelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit der WOZ sichern soll und aufwendige Reportagen ermöglicht, gewinnt an Mitgliedern.

Die WOZ widmet sich bis heute aus linker Perspektive gesellschaftlichen Ereignissen und Vorgängen. Für jüngere LeserInnen gibt die WOZ-Geschichte eine gründliche und illustrative Rückschau über historische Zäsuren und gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Das Buch bietet zudem eine umfassende Geschichte der schweizerischen Medienlandschaft, insbesondere am linken Rand. Personelles wird hingegen stellenweise zu ausführlich abgehandelt und legt einen fragwürdigen Schwerpunkt auf Männer mit bürgerlichem Hintergrund, die sich einen Namen machten. Besprochen werden etwa Res Strehle, Bernard Rambert, Niklaus Meien-

berg und, aus neuerer Zeit, Constantin Seibt. Daneben gab es langjährige WOZ-RedaktorInnen, die sicherlich genauso viel zu der Zeitung beigetragen haben und eine ausführliche Würdigung ebenso verdient hätten. Und Männer waren zwar vor allem zu den Anfangszeiten proportional übervertreten – gleichwohl besetzten Frauen ein Drittel der Stellenprozente. Insgesamt bespricht das Buch zur WOZ deren Geschichte informativ und übersichtlich. Es ist vor allem bezogen auf die Schweiz zeitgeschichtlich wertvoll und kann ebenso als punktuell Nachschlagewerk dienen.

Rahel Locher

Karl Reitter: **Heinz Steinert und die Widerständigkeit seines Denkens**. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2018 (213 S.)

Heinz Steinert (1942–2011) war ein zu unrecht wenig rezipierter marxistischer Theoretiker, Wissenschaftler und Aktivist. Er war ein Denker zwischen den Stühlen, der nicht umstandslos einer «Schule», einem akademischen Kanon einverleibt werden konnte. Das hat wohl und nicht zuletzt seiner Rezeption im universitären Feld geschadet. Das freilich spricht nicht gegen Steinert, sondern gerade für ihn, meint auch der Autor Karl Reitter, der soeben eine Studie vorgelegt hat, die sich dem umfangreichen Werk Steinerts widmet, wie die umfassende Bibliografie am Schluss des Bandes zeigt.

Das Buch ist entlang seiner wichtigsten Theoriestationen gegliedert. Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis zeigt die grosse Breite seines Denkens: Der Bogen reicht

von (pop)kulturtheoretischen Beiträgen über seine Arbeiten am Begriff des Kapitalismus bis hin zu den, noch am ehesten einflussreichen, Interventionen in die kritische Rechtssoziologie. Aber auch Steinerts scharfen kritischen Auseinandersetzungen mit den grossen Namen der Sozialtheorie, Michel Foucault und Max Weber, widmet Reitter reichlich Raum. Im Zentrum steht jedoch Steinerts lebenslange Beschäftigung mit Theodor W. Adorno, dessen Schüler er war. So ist es denn auch kein Zufall, dass in Reitters Arbeit die Kapitel zur Musiktheorie Adornos, zur Dialektik der Aufklärung und insbesondere zum Begriff der «Kulturindustrie» den grössten Teil einnehmen. Dabei zeigt sich, dass Steinert zwar immer wieder von diesen Aspekten der Kritischen Theorie ausging, jedoch seine oft bemerkenswerten Interpretationen und Wendungen neue und politisch relevante Blicke auf den und aus dem Verblendungszusammenhang heraus erlauben. Steinert liefert nach Reitter dabei oft erstaunlich präzise und grundsätzliche Einschätzungen kapitalistischer Vergesellschaftungsformen, und dies quasi «im Vorbeigehen»; Pathos und ausufernde philosophische Einlassungen waren nicht sein Ding.

Instruktiv ist aber auch die Darstellung von Steinerts rechts- und kriminalsoziologischen Aktivitäten. Er baute in den 1970er-Jahren das Wiener Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie auf, das er während langer Jahre leitete. Seine Kritik der gesellschaftlichen Konstruktion von Kriminali-

tät und Strafe – «Strafrecht ist die Darstellung von Herrschaft mit Menschenopfern» – fasst Reitter plastisch zusammen. Daran anschliessend erinnert Reitter an Steinerts Kritik am Theoriebestseller *Überwachen und Strafen* von Michel Foucault, dem Steinert – bei aller Wertschätzung – einen analytisch schwammigen Machtbegriff sowie unsaubere Quellenarbeit vorwarf.

Ein wenig bedauerlich ist, dass der Sozialphilosoph Reitter in vielen seiner wichtigen und konzisen Gedankengänge einen Rückzug ins sozialhistorische Fach anzutreten scheint – wo doch gerade das Überschreiten der sozialwissenschaftlichen Disziplinargrenzen im Sinne der kritischen Theorie eine der Stärken von Steinert war. Ich möchte nicht die Notwendigkeit einer sozialgeschichtlichen Fundierung linker Theoriebildung in Abrede stellen, mir scheint aber, dass die weitgehende Beschränkung Reitters darauf den Blick verstellt; nicht zuletzt auf die überschüssenden Tendenzen befreiender Potenziale, die bereits innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft existieren und hin zu einer versöhnten (Adorno) gefängnislosen Gesellschaft weisen – was zumindest für Steinert sehr wichtig war. Dieser Wermutstropfen schmälert aber keineswegs die äusserst verdienstvolle Arbeit Reitters, einen leider weitgehend in Vergessenheit geratenen linken Denker zurück in die Debatte zu bringen.

Martin Birkner

Elmar Altvater: Geschichte und Vermächtnis eines undogmatischen Linken oder «Wir müssen nicht nur demonstrieren»

Elmar Altvater wurde 1938 geboren und studierte nach dem Abitur in Kamen in München Ökonomie und Soziologie. Diese Fächerkombination ist für den Leser und die Leserin seiner Bücher ein Glücksfall, denn er hatte, worüber wenige ÖkonomInnen verfügen: einen interessierten und sachkundigen Blick auf die politisch-sozialen Grundlagen der Ökonomie; später kam eine immense Kenntnis der Kopplungen und Konflikte von Ökologie und Ökonomie hinzu.

Seine Dissertation über *Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität: externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus* erschien 1969 in der legendären roten Reihe *Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik* der Europäischen Verlagsanstalt in Frankfurt sowie im Europa Verlag Wien. Die Bände dieser Reihe, in der auch die Bücher von Forschenden wie Maurice Dobb, Roman Rosdolsky, Joan Robinson, Otto Morf und Paul Mattick erschienen, gehörten damals sozusagen zur obligatorischen Lektüre der Linken. Altvaters Arbeit war, wie die meisten Bände der Reihe, der Theorie von Marx verpflichtet – allerdings undogmatisch, nicht in der orthodoxen, parteikommunistisch-spätstalinistischen Dogmatisierung und Versteinerung. Altvater war Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und prägte die Assistierendenbewegung mit. Ab Mitte der 1970er-Jahre gehörte er mit Oskar Negt, Andreas Buro, Klaus Vack, Wolf-Dieter Narr und Arno Klönne dem Sozialistischen Büro (SB) an, war lange im Arbeitsausschuss dieser undogmatisch linken Organisation tätig. Im

Unterschied zu vielen SB-Mitgliedern trat Elmar Altvater energisch für eine organisatorische Verdichtung der undogmatischen Linken ein, was auf die Gründung einer linken Partei hinauslief. Im SB blieb er mit dieser Perspektive in der Minderheit. In den 1980er-Jahren wechselte er zur Partei der Grünen, trat aber aus Protest gegen deren Zustimmung zum Krieg zunächst im Kosovo und später in Afghanistan 2001 wieder aus der Partei aus. Von 2007 an engagierte er sich in der Linkspartei in Deutschland, im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC, im Institut für solidarische Moderne sowie beim Weltsozialforum bis zu seinem durch Krankheit bedingten unfreiwilligen Rückzug. Trotz der politisch-organisatorischen Distanz zum SB blieb er den Publikationsorganen *links* und *express* verbunden.

Seine wissenschaftliche Laufbahn begann Elmar Altvater nach der Promotion als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Erlangen-Nürnberg. 1971 wechselte er als Professor für Politische Ökonomie an das Otto-Suhr-Institut der Freien Universität (FU) Berlin. 1971 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Zeitschrift *Prokla, Probleme des Klassenkampfes – Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik*, seit 1990 unter dem Titel *Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, die thematisch ausgesprochen breit aufgestellt ist und deren Redaktion Altvater bis 2007 angehörte, insgesamt über dreißig Jahre lang. Er verließ die Redaktion im Streit um die Ausrichtung der Zeitschrift, als die Beschäftigung mit Marx und marxistischen Theorien marginalisiert wurde.

Altvaters Studieninhalte, seine Ausgangsfragen vor allem zur Ökonomie und Ökologie, seine Vorschläge zu Problemlösungen, die diskutiert wurden und werden, bleiben zukunftsweisend. Sie bereicherten jeweils auch die Inhalte der *Widerspruch*-Hefte. Seit den 1990er-Jahren gehörte Altvater zur StammautorInnenschaft der Zeitschrift *Widerspruch*.

Schon 1987 beschäftigte sich Altvater wissenschaftlich mit den komplexen Zusammenhängen von Ökonomie, Ökologie und Dritter Welt – so im Buch *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien*. Zu einem sozialwissenschaftlichen Klassiker mit bisher zehn Auflagen wurde das 1996 zusammen mit seiner Ehepartnerin Birgit Mahnkopf verfasste Buch *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, das im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen ist. Mit dem Buch *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik* (2005) wandte sich Altvater vehement gegen Vorstellungen von einem gleichsam

automatischen Niedergang und Zusammenbruch des Kapitalismus. Er sprach vielmehr davon, der Kapitalismus könne nur von «einem äusseren Stoss von extremer Heftigkeit im Verein mit einer glaubwürdigen Alternative» überwunden werden. Diese Alternative sah er unter anderem in der Verabschiedung von fossilen Energieträgern und Ressourcenvernichtung in einer «solaren und solidarischen Gesellschaft».

Elmar Altvater war nicht nur ein äusserst produktiver Wissenschaftler und Autor, sondern fokussierte auch auf die akademische Lehre. Zahlreiche seiner StudentInnen widmeten ihm 1998 zum 60. Geburtstag eine Festschrift unter dem Titel *Globalisierung und Perspektiven linker Politik*. Sein Leitgedanke in einem Vortrag von 2014 gilt für sein gesamtes Werk: «Wir müssen nicht nur demonstrieren, wir müssen uns auch bilden im emphatischen Sinne.» Am 1. Mai 2018 ist Elmar Altvater im Alter von 79 Jahren nach schwerer Krankheit in Berlin gestorben. Er wird der undogmatischen Linken als Vordenker und Weggefährte in Erinnerung bleiben.

Uwe Hoering

Der Lange Marsch 2.0

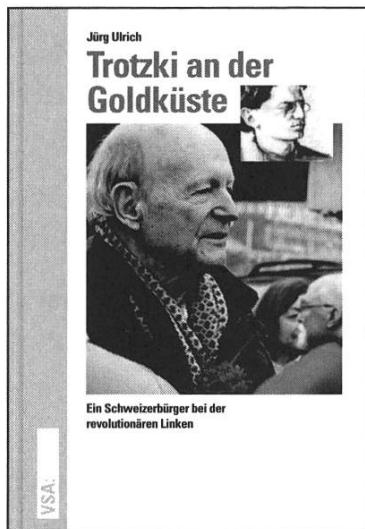
Chinas Neue Seidenstraßen als Entwicklungsmodell

In Kooperation mit der Stiftung Asienhaus

160 Seiten | EUR 14.80

ISBN 978-3-89965-822-4

Uwe Hoering zeichnet zentrale Aspekte der durch Chinas Neue Seidenstraßen-Initiative ausgelösten Diskurse über Geoökonomie, Geopolitik, multipolare Weltordnung, hegemoniale Konkurrenz und Globalisierung nach. Er hinterfragt, inwieweit diese Entwicklungsstrategie mit demokratischen Verhältnissen, sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, der Wahrung von Menschen- und Minderheitsrechten und dem Abbau von Konflikten vereinbar ist.



Jürg Ulrich

Trotzki an der Goldküste

Ein Schweizerbürger bei der revolutionären Linken

72 Seiten | Hardcover in Halbleinen | EUR 9.80

ISBN 978-3-89965-764-7

Jürg Ulrich (1930-2017) berichtet über Wegmarken seiner trotzkistischen Entwicklung und den Rückzug von revolutionär-sozialistischer Politik auf deren Betrachtung als Historiker. Auf dem eigenen beruflichen Weg entwickelte er sich zu einem anerkannten Spezialisten für Neuropathologie. Während des Studiums kam er »mit trotzkistisch Gesonnenen in Zürich in Kontakt«. Im Sozialistischen Arbeiterbund lernte er Menschen kennen, deren Lebensläufe seine politische Haltung prägten.

Klaus Busch / Joachim Bischoff / Hajo Funke

Rechtspopulistische Zerstörung Europas?

Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende

224 Seiten | EUR 16.80

ISBN 978-3-89965-778-4

Am Beispiel fünf europäischer Länder (Italien, Frankreich, die Niederlande, Österreich und Deutschland) werden sozioökonomische, politische und kulturelle Faktoren des rechtspopulistischen Aufstiegs analysiert. Demgegenüber fordern die Autoren eine Kehrtwende in der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Stabilisierung von Euro und EU.



www.vsa-verlag.de